

# Forderungen zur Bundestagswahl

# 2021

Psychische Gesundheit: **Priorität jetzt!**

Von **A**ngst bis **Z**wang:  
Es gibt über **150** unterschiedliche  
psychische Erkrankungen.

Jeder **4te** ist betroffen.

Psychische Erkrankungen sind die  
**zweithäufigste Ursache**  
für Arbeitsunfähigkeit.

Jede **2te** Frühberentung geht  
auf ein psychisches Leiden zurück.

Nur jeder **Zehnte** ist auf dem  
ersten Arbeitsmarkt beschäftigt.

Die direkten und indirekten  
Kosten betragen **5%** des  
Bruttoinlandsprodukts.

## Was jetzt nötig ist

Die DGPPN fordert für die Legislaturperiode  
2021–2025:

- Ausbau von Angeboten zur Prävention, Früh-  
erkennung und Frühbehandlung von psychischen  
Erkrankungen
- Konsequente Weiterentwicklung psychiatrischer  
Hilfen nach den Prinzipien: präventiv, bedarfs-  
und leitliniengerecht, inklusiv, selbstbestimmt  
und partizipativ, familienbezogen, wohnortnah,  
gestuft, kooperativ, vernetzt und flexibel
- Langfristige und angemessene Förderung der  
Erforschung psychischer Erkrankungen in Höhe  
von 5% der gesamten öffentlichen Gesundheits-  
forschung
- Intensivierung der Anstrengungen für die beruf-  
liche und soziale Teilhabe von psychisch erkrankten  
Menschen
- Stärkung von Selbstbestimmung, Selbsthilfe und  
Dialog und Vermeidung von Zwang

**Zur Beratung der notwendigen politischen und ge-  
setzgeberischen Aktivitäten bei der Weiterentwick-  
lung von Versorgung, Forschung und Teilhabe sollte  
eine trialogisch besetzte Expertenkommission beim  
Bundesgesundheitsministerium einberufen werden.**

Gesundheit

## Prävention und Früherkennung stärken

Die Ansprüche an Flexibilität und Mobilität, Anpassungs- und Leistungsfähigkeit nehmen in der modernen Arbeitswelt kontinuierlich zu. Die seit Jahren steigenden Arbeitsunfähigkeitstage und langen Ausfallzeiten zeigen an, dass immer mehr Menschen, auch aus der Mitte der Gesellschaft, dem Druck nicht mehr standhalten können. Darüber hinaus muss die Aufmerksamkeit auch besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Kindern psychisch erkrankter Eltern, älteren Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie traumatisierten und sozial benachteiligten Menschen gelten. Die DGPPN setzt sich deshalb für einen Ausbau von Angeboten zur Prävention, Früherkennung und Frühbehandlung von psychischen Erkrankungen ein.

## Forderungen der DGPPN an die Bundespolitik

- Förderung von Aufklärungs- und Informationskampagnen in verschiedenen Lebenswelten (z.B. Schule, Arbeitsplatz, Nachbarschaft), um Vorurteile wirksam zu reduzieren und die Gesundheitskompetenz in der Allgemeinbevölkerung zu verbessern, sowie von innovativen Präventionsansätzen wie z.B. die Ausbildung von Laien zu Ersthelfern
- Stärkung fachlicher Aufklärung, Beratung und Vernetzung in relevanten Behörden und Einrichtungen (z.B. Jobcenter), um das frühzeitige Erkennen psychischer Beschwerden zu fördern
- Ausbau von Angeboten der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention in der Lebenswelt und bessere Vernetzung aller Akteure für einen frühen und niedrigschwelligen Zugang zu Präventionsangeboten, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen
- Etablierung von Angeboten zur Früherkennung und Frühbehandlung von psychischen Erkrankungen bei jungen Menschen

Gesundheit

## Behandlung vom Bedarf aus denken

Psychische Erkrankungen wirken sich für Betroffene und ihre Angehörigen auf nahezu alle Lebensbereiche aus. Sie gehen gewöhnlich mit schweren Einschränkungen in der sozialen Interaktion und Arbeitsfähigkeit einher und verlaufen sehr unterschiedlich. Diesen besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, erfordert eine Versorgungsplanung, die bestehende Zugangsbarrieren abbaut und flexible, multiprofessionelle, sektoren- und SGB-übergreifende multimodale Angebote vorhält. Die DGPPN setzt sich deshalb dafür ein, dass die bereits begonnenen Reformen konsequent weitergeführt und noch stärker auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit psychischen Erkrankungen zugeschnitten werden. Das bereits bestehende Hilfesystem muss besser vernetzt, ausgestattet und zugänglich sein. Wo notwendig, muss das Angebot erweitert und flexibilisiert werden.

## Forderungen der DGPPN an die Bundespolitik

- Konsequente Weiterentwicklung psychiatrischer Hilfen nach den Prinzipien: präventiv, bedarfs- und leitliniengerecht, inklusiv, selbstbestimmt und partizipativ, familienbezogen, wohnortnah, gestuft, kooperativ, vernetzt und flexibel
- Bessere Ausstattung und niedrigschwelliger Zugang zu bestehenden Versorgungsangeboten, insbesondere angemessene Vergütung der Diagnostik in der vertragsärztlichen Praxis, Verbesserung der Personalausstattung in Kliniken und anderen Einrichtungen, Erleichterung des Zugangs zu medizinischer Rehabilitation und Soziotherapie sowie die Finanzierung von kultursensiblen Angeboten und Dolmetscherleistungen
- Einführung neuer Angebotsstrukturen, welche bestehende Lücken im System schließen, wie z.B. intensiv-ambulante Komplexleistungen, sozial-psychiatrische Schwerpunktpraxen, fachärztlich supervidierte Krisendienste und digitale Gesundheitsanwendungen

Bildung und Forschung

## Forschung intensivieren

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse sind notwendig, um die Gesundheit, Lebensqualität und Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu verbessern und gleichzeitig die enormen gesamtgesellschaftlichen Kosten zu begrenzen. Während diese Kosten etwa 5% des Bruttoinlandsprodukts betragen, wird nur 1% der öffentlich geförderten Gesundheitsforschung in die Erforschung psychischer Erkrankungen investiert. Die Gründung eines Deutschen Zentrums für Psychische Gesundheit durch das BMBF und die Etablierung des Innovationsfonds beim G-BA sind deshalb Meilensteine auf dem Weg zu einer angemessenen Finanzierung. Die DGPPN setzt sich dafür ein, dass im Deutschen Zentrum die drängendsten Fragen bearbeitet werden, wissenschaftliche Erkenntnisse schnell in der klinischen Praxis ankommen und die Breite und Interdisziplinarität der deutschen Forschungslandschaft erhalten bleibt.

## Forderungen der DGPPN an die Bundespolitik

- Anhebung des Etats der Erforschung psychischer Erkrankungen von 1% auf 5% der gesamten öffentlichen Gesundheitsforschung
- Langfristige und ausreichende Finanzierung des Deutschen Zentrums für Psychische Gesundheit
- Fortführung des Innovationsfonds über 2024 hinaus mit den Förderschwerpunkten: Psychische Erkrankungen, Versorgungsforschung, Entwicklung von digitalen Gesundheitsanwendungen sowie Vermeidung von Zwang
- Weiterentwicklung der Prozesse der Evaluation, Zulassung und Nutzenbewertung von Psychopharmaka unter Berücksichtigung patientenrelevanter Endpunkte wie Lebensqualität, Selbstbestimmung und Teilhabe
- Ermöglichung und Förderung von ethisch zulässiger Forschung im Maßregelvollzug

Arbeit und Soziales

## Teilhabe und Inklusion sichern

Die soziale Situation von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen ist kritisch. Junge Menschen verfehlen zu oft eine Berufsausbildung oder ein Studium und werden ihrer Lebenschancen beraubt; Berufstätige bleiben zu lange arbeitsunfähig und kehren zu selten wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurück; Menschen mit chronischen Verläufen werden zu häufig langzeitarbeitslos, bis hin zu erwerbsunfähig und verlieren gegebenenfalls sogar ihre Wohnung und Existenzgrundlage. Die DGPPN setzt sich deshalb dafür ein, dass Versorgung in der Lebenswelt wie zum Beispiel psychosoziale Therapien sowie effektive Rehabilitationsangebote niedrigschwellig erreichbar, besser miteinander verknüpft und auf die Betroffenen zugeschnitten sind.

## Forderungen der DGPPN an die Bundespolitik

- Flächendeckende Einführung und Finanzierung von ausbildungs- und berufsbezogenen Frühinterventionen (*Supported Education*) und begleiteter Wiedereingliederung (*Supported Employment*) sowie anderer Angebote zur beruflichen Wiedereingliederung
- Erprobung von Strategien zur Verminderung von Wohnungslosigkeit von psychisch erkrankten Menschen unter Berücksichtigung des Housing-First-Ansatzes und durch Erleichterung des Zugangs zum suchttherapeutischen Bereich
- Schaffung einer verlässlichen Grundsicherung für Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen, denen kein wirksames anderes Angebot vermittelt werden kann, mit flexiblen Möglichkeiten zum Zuverdienst

## Patientenrechte

# Selbstbestimmung stärken, Zwang vermeiden

Psychische Erkrankungen können die Betroffenen in ihrer Fähigkeit, freie Entscheidungen zu treffen, erheblich einschränken. Falls sie ihre Gesundheit oder ihr Leben, oder das von Dritten, erheblich gefährden, und alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, können Maßnahmen gegen ihren Willen ergriffen werden. Dies betrifft etwa jeden zehnten Patienten einer psychiatrischen Klinik, darüber hinaus auch Patienten somatischer Krankenhäuser und Bewohner von Altenheimen. Unterbringungen und Zwangsmaßnahmen stellen schwere Eingriffe in die Grundrechte der Betroffenen dar und erfordern hohe rechtliche Hürden. Die DGPPN setzt sich deshalb dafür ein, dass Patientenrechte und Autonomie von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen geschützt, Selbsthilfe und Dialog gestärkt, die Transparenz erhöht und wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Zwang ergriffen werden.

## Forderungen der DGPPN an die Bundespolitik

- Förderung des dialogischen Prinzips in der Versorgungs- und Hilfeplanung, in der Behandlung, in der Forschung sowie in Kontroll- und Beschwerdestellen
- Finanzierung und Implementierung autonomiefördernder und zwangsvermeidender Strategien wie u. a. Qualifizierung des Personals, Umsetzung baulicher Standards, flächendeckende Etablierung Klinischer Ethikberatung, Aufwertung der Sozialpsychiatrischen Dienste
- Schaffung bundeseinheitlicher Rechtsgrundlagen zur Unterstützung, Unterbringung und Behandlung von krankheitsbedingt selbstbestimmungsunfähigen Menschen in psychiatrischen Krankenhäusern und von psychisch erkrankten Straftätern in Krankenhäusern des Maßregelvollzugs
- Schaffung einer zentralen Monitoring- und Reportingstelle auf Bundesebene, welche pseudonymisierte Daten zu Unterbringungs- und Zwangsmaßnahmen aus Gerichten, Krankenhäusern und Heimen zusammenträgt, auswertet und veröffentlicht
- Ausbau der psychiatrischen Versorgung im Strafvollzug

## Mit vereinten Kräften

Sie ist die Stimme der psychischen Gesundheit in Deutschland und eine der bundesweit größten medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften: die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V.

Die DGPPN bündelt die Kompetenz von mehr als 10.000 Fachärzten, Therapeuten und Wissenschaftlern, die in Universitätskliniken, Krankenhäusern und ambulanten Praxen sowie in der Forschung auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit tätig sind.

Die Fachgesellschaft macht sich für eine optimale Versorgung der Patienten mit psychischen Erkrankungen stark. Sie entwickelt wissenschaftliche Leitlinien, fördert die Aus-, Fort- und Weiterbildung und engagiert sich in der Erforschung psychischer Erkrankungen zur Weiterentwicklung von Diagnostik und Therapie. Im Zentrum steht dabei die ganzheitliche Sicht auf den Menschen mit allen individuellen psychischen, körperlichen und sozialen Aspekten. Die DGPPN setzt sich aktiv für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen und gegen deren Stigmatisierung ein.

Rund **200** Experten arbeiten ehrenamtlich in den DGPPN-Gremien.

Die DGPPN zählt über **10.000** Mitglieder.

**35** Fachreferate bündeln die Expertise der gesamten Psychiatrie und Psychotherapie.

Sie ist mit **178** Jahren eine der ältesten Fachgesellschaften Deutschlands.





**DGPPN**

Deutsche Gesellschaft  
für Psychiatrie und Psychotherapie,  
Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V.

Geschäftsstelle DGPPN

Reinhardtstraße 27 B

10117 Berlin

TEL 030.2404 772-0

FAX 030.2404 772-29

sekretariat@dgppn.de

**dgppn.de**